

Klang den bürgerlichen Ohren viel zu lieblich, als daß man ihn nicht hätte glauben schenken sollen. In den Kreislern der bürgerlichen Blätter, die sich mit dem Bericht des Parteivorstandes an den Leipziger Parteitag beschäftigen, kam der giftige Keim über den günstigen Stand unserer Parteifinanzien ganz unübersehbar zum Ausdruck. Wahrscheinlich werden auch verschiedene unserer Herren Finanzminister, die ja bekanntlich nur noch mit Defizit arbeiten, unseren Etat feindselig betrachtet haben. (Heiterkeit.) Wir können übrigens von Glück sagen, daß der Reichstag bereits geschlossen war, als wir mit unserem Abschluß an die Öffentlichkeit kamen, sonst hätte es wahrhaftig passieren können, daß die Steuerkünstler des Schnapsbills bei ihrem ewigen Perum-schnüffeln nach neuen Steuerquellen auf den Gedanken gekommen wären, unsere Ueberschüsse einer besonderen Besteuerung zu unterwerfen. (Heiterkeit. Zuruf: Mal den Teufel nicht an die Wand!) So erfreulich nun der Abschluß auch ist, so dürfen wir doch keineswegs veressen, daß es nur eine Reihe rein zufälliger äußerer Umstände gewesen sind, die zu seiner günstigen Gestaltung geführt haben. Mit unseren eigentlichen regulären Einnahmen verdingen wir auch heute noch nicht unseren Etat zu billanzieren, sondern sind nach wie vor auf die Ueberschüsse aus unseren großen Parteigeschäften angewiesen. Bleiben diese einmal infolge irgendwelcher Umstände aus, so ist auch sofort bei uns Unterbilanz da. Dieser Zustand ist dringend der Besserung bedürftig. Gestoß, wir haben gewaltige Fortschritte gemacht. Die Zeit liegt gar nicht weit hinter uns, wo die gesamten Einnahmen der Parteikasse, einschließlich der Ueberschüsse aus den Geschäften, nicht entfernt die Summe ergaben, die wir dieses Jahr nach Verteilung aller Ausgaben zurücklegen konnten, und es ist auch noch nicht lange her, daß die Parteibeiträge aller Organisationen im ganzen Reich nicht soviel betragen, wie gegenwärtig schon die Beiträge der beiden größten Organisationen, Hamburg und Berlin. Nicht nur die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kreise ist sehr gestiegen, sondern auch die Zahl der Wählerkreise, die jetzt regelmäßig ihre Beiträge an die Parteikasse abführen, ist beträchtlich gewachsen. Das ist gewiß sehr erfreulich, aber ebenso richtig ist, daß unsere ganze Finanzgebarung noch an schweren Mängeln leidet. Ich könnte Ihnen auch dieses Jahr wieder lange Ausführungen darüber machen, wie viele Organisationen sich Verstöße gegen den Wortlaut und den Sinn unseres Organisationsstatutes haben zuschulden kommen lassen. Ich könnte Ihnen nachweisen, wie beträchtlich und zahlreich die, wenn ich mich so ausdrücken darf, Hinterziehungen sind, die zuungunsten der Zentralkasse vorgekommen sind. Ich verzichte diesmal darauf aus zwei Gründen, erstens fürchte ich, daß die betreffenden Sünder, wenn ich sie wie sonst zur Rechenschaft ziehen würde, mir höchstwahrscheinlich entgegenwürden: was lamantierst du noch immer, du weicht ja nicht mehr, was du mit dem vielen Gelde anfangen sollst! (Heiterkeit.) Und dann aus dem weiteren und durchschlagenden Grunde, weil alle diese moralischen Rippenstöche recht wenig gefruchtet haben. Die Sache muß anders angefaßt werden. Was wir unter der alten Organisationsform mit allen Appellen an die Genossen niemals zu erreichen vermochten, haben wir mit der in Jena beschlossenen Organisationsform spielend erreicht, und soweit auch diese gegenwärtig noch in Kraft befindliche Organisationsform Mängel aufzuweisen hat, müssen sie durch zweckentsprechende Aenderungen beseitigt werden. Wenn das Parteistatut, wie es in dem Entwurfe der Organisationskommission dem Parteitag vorliegt, zur Annahme gelangt, dann werden wir sicher wieder einen guten Schritt vorwärts tun in der Richtung, unsere Parteifinanzien auszubauen und zu stabilisieren, so daß wir nicht nur den allgemeinen ständig wachsenden Ausgaben der Partei gerecht zu werden vermögen, sondern auch den sonstigen Eventualitäten, die der politische Kampf mit sich bringt,

ruhig und gebappnet entgegenzutreten können. — Sobiel zum Kassenabschluß über den der schriftliche Bericht jeden wünschenswerten Nachweis über Verteilung der Einnahmen und Ausgaben, über Leistungen der Organisationen und Gegenleistungen der Zentralkasse usw. bringt. — Nun noch einige Worte über den geschäftlichen Bestand unserer Parteipresse. Wenn ich über diesen Gegenstand vor einem Jahre in Nürnberg mündlich sagte: Es ist freilich zu befürchten, daß die wirtschaftliche Krise noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, ihre schlimmsten Wirkungen baldmehr erst noch kommen und auch unsere Presse hart treffen werden, so ist das leider im vollsten Umfange eingetreten. Unsere Presse hatte auch 1907/08 bereits schwere Verluste an Abonnenten zu verzeichnen, aber diese Verluste einzelner Blätter wurden ausgeglichen durch die Gewinne, die andere noch zu erzielen vermochten, so daß immerhin noch ein Gesamtgewinn an Abonnenten in der Höhe von 11 882 verblieb. Wir hatten voriges Jahr ohne die „Neue Zeit“ und ohne die mehr der Agitation dienenden Monatsblätter mit Einschluß der „Gleichheit“ 1 061 280 Abonnenten. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir trotz der Krise immerhin noch eine kleine Anzahl Blätter, die einen Aufschwung verzeichnen konnten, aber sie kamen gegenüber den allgemeinen Verlusten nicht mehr auf. Wir stehen in diesem Jahre mit einem Abonnentenstand von 1 041 498 ab, haben also gegen das Vorjahr 19 781 Abonnenten verloren. Diesem Abonnentenverlust entsprechend sind auch die Einnahmen aus Abonnements zurückgegangen. Im Vorjahre betragen die Einnahmen aus Abonnements 6 782 350 Mk.; sie sind im abgelaufenen Geschäftsjahr zurückgegangen auf 6 708 151 Mk. Wir haben also ein Minus gegen das Vorjahr in Höhe von 76 208 Mk. Der einzige Lichtblick in diesem ziemlich trüben Bilde ist, daß wenigstens die Einnahmen aus den Inseraten nicht nur nicht zurückgegangen sind, sondern eine, wenn auch gegen die frühere Aufwärtsbewegung nur bescheidene Steigerung aufweisen. Wir konnten im Jahre 1907/08 Einnahmen aus Inseraten feststellen in Höhe von 4 206 822 Mk., im abgelaufenen Jahre von 4 368 781 Mk., also eine Mehreinnahme in Höhe von 158 439 Mk., die der Mindereinnahme von 76 208 Mk. aus Abonnements gegenübersteht. Es ist gerade dieser Mehreinnahme aus Inseraten zu verdanken, daß die Liste der mitleidenden Blätter nicht noch größer geworden ist, daß verschiedene Blätter gerade noch darüber hinweggekommen sind, die Zentralkasse in Anspruch nehmen zu müssen und unter die subventionierten Blätter zu geraten. Was den Verlust an Abonnenten anlangt, so haben wir es da mit einer denn auch tieftraurigen, so doch durchaus erklärlichen Erschütterung zu tun.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse kann auch durch die allerbeste Organisation und durch die zäheste, treueste Parteiarbeit doch nur bis zu einem gewissen Grade paralytisch werden. Aber deshalb ist gewiß kein Anlaß zur Mutlosigkeit, ganz im Gegenteil: alle Anzeichen deuten darauf hin, daß nach Beendigung der Krise die Aufwärtsbewegung sofort wieder einsetzen, die Verluste wettmachen und neue Gewinne hinzufügen wird. Hoffentlich ist es möglich, schon dem nächsten Parteitage wieder günstigere Zahlen auch über den Stand der Parteipresse mitzuteilen. (Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet haben: Der Bericht der Kontrollkommission ist etwas umfangreicher als auf dem vorigen Parteitag, ich glaube aber, Sie werden nach so günstigen Kassenabschluß dieses mit in Kauf nehmen und es auch leicht ertragen können. Sie werden begreifen: je länger der Bericht, um so größer war die Arbeit der Kontrollkommission. Genosse G. Heimrich, 6. Wahlkreis, Berlin, war krank und hatte 14 Tage

Ferien, er reiste drei Tage vor der Landtagswahl nach dem Harz, kehrte jedoch zur Abgabe seiner Stimme nicht nach Berlin zurück.

Nun war aber in Berlin der Beschluß gefaßt: Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, seine Stimme abzugeben, und weil Heinrich diesem Beschlusse nicht nachgekommen war, schloß ihn der 6. Wahlkreis aus der Partei aus. Das angerufene Schiedsgericht hob den Ausschluß auf und sprach ihm eine Rüge aus. Die angerufene Kontrollkommission erkannte in dem Verhalten Heinrichs wohl einen schweren Disziplinbruch, schloß sich aber dem Urteile des Schiedsgerichts an.

Ueber den Genossen Clauber-Sonneberg-Saalfeld hatte ich schon voriges Jahr Bericht zu geben. Clauber war vom Schiedsgericht ausgeschlossen worden. Die Kontrollkommission hatte aber das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben, weil die Kläger bzw. die Angegriffenen in demselben als Richter gefessen hatten. Ein neu zusammengesetztes Schiedsgericht schloß den Genossen Clauber abermals aus, weil derselbe bei eingetretenen Differenzen untereinander ein bürgerliches Blatt zu seinen Angriffen benutzt hatte. Das Schiedsgericht erkannte darin eine ehrlose Handlung. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung der Sachlage dem Urteile des Schiedsgerichts nur beitreten und bestätigte den Ausschluß Clauders.

Der Genosse August Klapp-Uberfeld hatte schwere Anschuldigungen gegen verschiedene Parteigenossen erhoben und drohte mit der Herausgabe einer Brotschüre. Vor einem Schiedsgericht scheiterten alle Versuche zur Einigkeit und da Klapp trotz 15stündiger Verhandlung nicht den geringsten Beweis für seine Anschuldigungen erbringen konnte, schloß ihn das Schiedsgericht aus der Partei aus. Auch in diesem Falle schloß sich die Kontrollkommission der Vorinstanz an und bestätigte den Ausschluß Klapps.

In Schneberg i. S. waren unter den Genossen Differenzen entstanden, die in schwere Streitigkeiten ausarteten, darob ein Schiedsgericht berufen wurde, welches am 15. Oktober 1908 den Genossen August Hergert in Griesbach aus der Partei ausschloß. Die von Hergert angerufene Kontrollkommission kam jedoch auf Grund der vorliegenden Akten einstimmig zu der Ansicht, daß Gründe zu einem Ausschluß gemäß § 2 des Statuts nicht vorliegen und hob deshalb das Urteil des Schiedsgerichts auf.

Unter den Parteigenossen Panfows tobte ein heftiger Streit. Mit Anschuldigungen wurde nicht getarnt, weshalb gegen die Genossen Köber, Korker und Hillmann ein Schiedsgericht berufen wurde. Dieses Schiedsgericht lehnte jedoch den Antrag, Köber und Genossen aus der Partei auszuschließen, ab. Der Kreisvorstand Nieberbarnim legte gegen das Urteil des Schiedsgerichts Berufung an die Kontrollkommission ein und kam dieselbe zu folgendem Beschlusse: „Die Kontrollkommission erkennt aus den Akten und Informationen, daß in der Angelegenheit, welche sich als ein planmäßiges, seit langer Zeit getriebenes Schädigen der Partei darstellt, Köber die treibende Kraft war, während die beiden anderen unter seinem Einfluß handelten. Die Kommission erwartet, daß Korker und Hillmann bei ruhiger Ueberlegung sich von der Haltlosigkeit ihrer Anschuldigungen überzeugen und sich von leitenden Stellen in der Partei zurückziehen; dagegen ist der Ausschluß Köbers aus der Partei auszusprechen.“

Der Wahlverein Nixdorf legte Berufung ein gegen das Urteil des Schiedsgerichts vom 14. Januar 1909, welches den beantragten Ausschluß der Genossen Hoher und Ramswig abgelehnt hatte. Der Tatbestand, weshalb die Genossen ausgeschlossen werden sollten, war folgender: Hoher und Ramswig nahmen mit zwei anderen dortigen Genossen als Delegierte am Verbandstage der

Buchdrucker in Köln teil, der am 2. Juni 1908 beendet wurde, sie machten eine Vergnügungsfahrt am 3. Juni auf dem Rhein. Nun wurde den vier Genossen, von denen die beiden Genannten Wähler der zweiten Klasse waren, zum Vorwurfe gemacht, daß sie nicht am 3. Juni heimkehrten, um ihr Wahlrecht zur preussischen Landtagswahl auszuüben. Das Schiedsgericht hat den Ausschlußantrag in allen vier Fällen abgelehnt, weil es dahingestellt bleiben muß, ob man den betreffenden Genossen die körperlichen Strapazen einer Nachtreise Köln-Berlin zumuten konnte. Die Beschwerdeschrift rügt besonders, daß die beiden angeschuldigten Genossen Hoher und Ramswig bei dem Schiedsgericht wie in der Generalversammlung keine Entschuldigung für ihre Handlungsweise hatten, während die beiden anderen Beteiligten sich genügend entschuldigten. Die Kontrollkommission trat dem Urteil des Schiedsgerichts bei und lehnte den Ausschluß von Hoher und Ramswig einstimmig ab, weil hinreichende Gründe nicht vorhanden sind zur Annahme, die eine solche Strafe rechtfertigten.

Genosse Heinrich Niehe, Gastwirt in Silberseim, hat bei der preussischen Landtagswahl sein Wahlrecht nicht ausgeübt, weshalb er durch Urteil des Schiedsgerichts vom 13. Oktober 1908 aus der Partei mit vier gegen drei Stimmen ausgeschlossen wurde. Niehe rief die Kontrollkommission an und begründete sein Verhalten damit, daß er bisher nie gewählt habe, weil die Beteiligung keinen praktischen Wert hatte. Er würde aber, wenn er gewählt hätte, daß seinem auch aus geschäftlichen Gründen geschehenen Verhalten solche Bedeutung beigelegt würde, sich anders entschlossen haben. Die Kontrollkommission ist zwar der Auffassung, daß die Handlungsweise des Genossen Niehe in keiner Weise zu billigen ist, doch kann nach der Sach- und Aktenlage in dem Verhalten des Niehe ein so grober Verstoß gegen die Parteigrundsätze nicht erblickt werden, welche den Ausschluß rechtfertigen und beschloß demgemäß: Das Urteil des Schiedsgerichts wird aufgehoben.

Der Genosse Heinrich Ubert, Gastwirt in Köln-Ehrenfeld, wurde am 21. Januar 1909 durch Urteil des Schiedsgerichts aus der Partei ausgeschlossen, weil er bei der dortigen Stadtverordnetenwahl — obwohl die sozialdemokratische Partei eigene Kandidaten aufgestellt hatte — für den national-liberalen Vorschlag gestimmt hatte, welches derselbe auch zugibt. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig dem Urteil des Schiedsgerichts an.

Der Genosse Calwer hatte im bürgerlichen Blatt „Der Tag“ einen Artikel veröffentlicht, worin der Zentralverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg einen Verstoß gegen den Dresdener Parteitagbeschlusse erblickt hatte. Das Schiedsgericht sprach Calwer frei. Die Kontrollkommission hob aus formellen Gründen die Entscheidung des Schiedsgerichts auf und verwies die Angelegenheit an dasselbe zurück.

In Stuttgart fand am 18. August v. J. eine geschlossene Parteiversammlung statt und ehe unser Parteiblatt einen Bericht darüber bringen konnte, brachte schon am nächsten Tage das „Stuttgarter Tageblatt“ einen Bericht. In der zweiten geschlossenen Parteiversammlung am 31. August gaben die Genossen in scharfen Worten ihren Unmut über die Berichterstattung an bürgerliche Blätter Ausdruck, ohne daß sich der Schreiber meldete. Der Genosse Schriftsetzer Wilhelm Müller wurde nun in dieser Versammlung beobachtet, wie er hinter einer Säule stehend, sich Notizen machte, und er wurde als Berichterfasser erkannt. Ueber die scharfe Kritik der Genossen hatte er sich hinweggesetzt, schwieg sich aus und machte trotzdem den zweiten Bericht. Daß er sich eines Unrechts bewußt war, bewies sein Verbergen hinter der Säule. Das Schiedsgericht erteilte ihm eine Rüge, die Kontrollkommission erkannte diese Tat als eine ehrlose, die Partei schädigende Handlung an und nach § 2

des Parteistatuts mußte daher gegen Müller der Ausschluß aus der Partei erfolgen.

Der Brauer Kurt Vogel-Berlin ist durch Beschluß des Schiedsgerichts vom 1. Juni d. J. auf Grund des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen worden. Den Grund der Ausschließung erklärte das Schiedsgericht in dem Tatbestand einer ehelosen Handlung. Der Tatbestand ist folgender: In das Kuratorium des paritätischen Arbeitnachweises wurde der von der Mitgliederversammlung des Brauereiarbeiterverbandes aufgestellte Kandidat Florian Tröger gewählt. Gegen diese Wahl legte Vogel Protest ein mittelst Zuschriften an den Vorsitzenden des Nachweises Dr. Freund, an den Vorsitzenden des Ortskrankenkasse für das Brauereigewerbe und an den Magistrat. Darin wird behauptet, Tröger sei nicht wahlberechtigt, weil er nicht im Berufse arbeite. Wenn auch die Kontrollkommission sich der Urteilsbegründung nicht anschließen konnte, befähigte sie doch den Ausschluß Vogels aus der Partei wegen eheloser Handlung.

Der Genosse N. Dietrich, Vorsitzender des Arbeiterknotenagrarenbundes Dresden beschwert sich über die Art, wie im „Vorwärts“ am 23. März 1909 zur Frage der Stenographie Stellung genommen wird und über die erfolglosen Versuche durch Anrufung der Preßkommission etwas zu ändern. Die Kontrollkommission geht über die Beschwerde zur Tagesordnung durch folgenden Beschluß über: Nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts des sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat die Kontrollkommission nicht die Befugnis, über die Verweigerung der Aufnahme bei an die Redaktion des „Vorwärts“ eingehenden Artikel eine Entscheidung zu treffen.

Genosse Emil Eichler aus Wormes in Frankreich, früher in Berlin, beschwert sich darüber, daß in den Jahren 1904/1907 die Redaktionen des „Vorwärts“ und anderer Parteiorgane verschiedens ihm ohne eingefandte Artikel nicht veröffentlicht und daß er von der Berliner Parteiorganisation nicht auf die Referentenliste gesetzt worden ist, obwohl er zu guter Dienstleistung befähigt gewesen sei. Auf seine Beschwerden an die Redaktionen, die Preßkommissionen und auch an den Parteivorstand seien ihm keine Auskünfte erteilt worden. Die Kontrollkommission konnte die Beschwerde nur zurückweisen und dem Genossen Eichler mitteilen, daß sie zur Entscheidung über die der Beschwerde zugrunde liegenden Angelegenheiten nicht zuständig sei.

Der Genosse Hugo Diekmann-Hannover, hatte sich ein Vergehen auszuladen lassen, wofür er 14 Tage Gefängnis verbüßen mußte. Er wußt nun gegen den Genossen W. Werheiser, dem er eine Denunziation aus Nachsicht vorwirft, ein Verfahren auf Ausschluß aus der Partei eingeleitet haben. Wie dafür an den verschiedenen Stellen der Parteiorganisation eingeleiteten Schritte entsprechen nicht dem Wunsche des Diekmann, weshalb er sich bei der Kontrollkommission beschwert. Die Kontrollkommission kam zu dem Beschluß, daß die in der Zuschrift angegebenen Gründe nicht ausreichen, um ein Ausschlußverfahren gegen Werheiser einzuleiten; auch kann in der Angelegenheit nur dann eine ehelose Handlung erblickt werden, wenn die behaupteten Tatsachen sich als unbegründet oder böswillig erfunden erweisen würden. Deshalb konnte dem Antrage Diekmanns nicht stattgegeben werden.

Am 7. März d. J. beschloß die Oberhausen ein statutengemäß einberufenes Schiedsgericht den Ausschluß des Genossen Spaniol aus der Partei. Es wurde ihm eine ehelose Handlung im Sinne des § 2 unseres Organisationsstatuts zur Last gelegt. Wegen dieses Schiedspruch legte Spaniol Berufung bei der Kontrollkommission ein. Nach eingehender Prüfung des Akten konnte die Kontrollkommission den Beschluß des Schiedsgerichts nur bestätigen. Spaniol hatte in öffentlichen Versammlungen dem Vorstande des Bergarbeiterverbandes

zur Last gelegt, er habe den Verbandsmitgliedern verheimlicht, daß im Jahre 1904 10 000 Mk. in der Verbandskasse fehlten, weshalb zur Verdeckung des Mankes eine Verschleierung der Bilanz vorgenommen worden war. Eine weitere von Spaniol ausgesprochene Beschuldigung lautet, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes habe, um eventuell käftig werdende Streikende einzuschüchtern, die Verwaltungsbeamten mit dazu besonders angekauften Revolvern ausgestattet und Schießübungen machen lassen. (Hört, hört!) Diese Behauptungen wurden durch die in einer Gerichtsverhandlung vorgenommenen Feststellungen als unwahr erwiesen, wobei auch festgestellt wurde, daß Spaniol den Streik begann und die Zurückbehaltung des Revolvers nicht einwandfrei war. Die Kontrollkommission hat aus dem ganzen Verhalten des Spaniol die Überzeugung gewonnen, daß er die Absicht hatte, die sozialdemokratische Organisation im Berggebiet zu schädigen und die in der Agitation tätigen Parteigenossen nachsichtig herabzusehen. In diesem Gesamtverhalten Spaniols erblickte die Kontrollkommission den Tatbestand der ehelosen Handlung.

Genosse A. Kohl-Altona, Vorsitzender des Verbandes der Zibilmüller, äußerte sich in einer Delegiertenversammlung des Partells am 26. Oktober 1908 scharf über die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, wozu er eine erläuternde Handbewegung machte. Darob wurde ein Ausschlußantrag gegen ihn gestellt, das Schiedsgericht sprach ihn aber einstimmig frei. Wegen des Freispruch legte der dritte Hamburger Wahlkreis Berufung bei der Kontrollkommission ein. Die Kontrollkommission schließt sich dem Urteil des Schiedsgerichts an und weist die Berufung ab, spricht aber ihren Tadel darüber aus, daß der Genosse Kohl zur Kritik an den ihm bekannt gewordenen Missetätigkeiten nicht eine geeignetere Form und nicht den Ort wählte, wohin eine wahrhaft wohlmeinende Gestattung ihn hinführen mußte, die dazu eingefasste Parteilistung. Die Kontrollkommission hat die ihr obliegenden Arbeiten durchgeführt, die Geschäfte, die Bücher, die Kassen genau revidiert, sowohl in Berlin als auch in Stuttgart, und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich in ihrem Namen den Parteitag bitte, dem Parteivorstand für seine Tätigkeit Decharge zu erteilen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Profis-Rubwigschafen: In dem Bericht des Parteivorstandes wird gesagt, daß der Bezirk Pfalz keinen Bericht eingeschickt hat. Das mag nach außen hin den Eindruck erwecken, als ob in der Pfalz nichts geleistet wurde, und ich habe es deshalb für nötig zu sagen, daß auch wir unsere Schuldigkeit in vollem Maße getan haben. Ich glaube deshalb, daß die Genossen Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn wir unseren Bericht nicht pünktlich eingefandt haben. Gerade die Zeit, in welcher die Verhinderung erfolgen sollte, war für uns eine Zeit der tollsten Beschäftigung. Sie wurde von zwei Nachwächern für den Reichstag und den Landtag ausgefüllt. Wir konnten also unmöglich den Termin innehalten. Trotz der schweren Krise ist die Organisation in der Pfalz vorwärtsgegangen, auch unsere Presse steht auf gesunder Grundlage und ich kann nur wünschen, daß das überall der Fall wäre. Nach dem Tode von Ehrhart hofften vor allem die Liberalen, daß es jetzt mit unserem Vormarsch in der Pfalz vorbei wäre. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Gerade im letzten Geschäftsjahr haben wir zwei neue Gebiete erschlossen, die bisher unannehmbar für uns erschienen. Ich glaube, es gibt in Deutschland keinen Bezirk, wo so verschiedene Arbeitergruppen auf einem so kleinen Gebiet zusammenwohnen. Neben den Bergleuten haben wir eine große Anzahl von Dingern, die Industrie ist in den verschiedensten Variationen vertreten. In den letzten Jahren haben wir namentlich das Berggebiet und